

3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2023

Die Niederschrift wird genehmigt (37:00:01).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 13.12.2023 bis zum 30.01.2024:

- Erhalt der Genehmigungsverfügung für den Haushalt vom Landesverwaltungsamt. Nach der Zustimmung des Beitrittsbeschlusses kann die Veröffentlichung der Haushaltssatzung erfolgen und danach der Haushalt freigegeben werden.
- Im Rahmen der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen besteht nunmehr die Möglichkeit, Elterngeldanträge auch online auf der bundesweiten Plattform www.elterngeld-digital.de auszufüllen und elektronisch zu übermitteln.
- Seit der letzten Berichterstattung fanden 28 Einbürgerungen statt, davon 6 Frauen, 14 Männer und 8 Kinder, die aus Syrien, dem Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Marokko, Algerien, der Türkei und Tschechien stammen.
- Am 22. Dezember 2023 fand im Beisein des Ministerpräsidenten, des Ministers für Kultur und der Abgeordneten des Landtages die Eröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie statt.
- Überreichung eines Förderbescheides für die Jugendbauhütte am Mausoleum durch den Ministerpräsidenten am 22.12.2023.
- Am 3. Januar 2024 überbrachte Herr Minister Schulze die Nachricht, dass das Land die BUGA 2025 unterstützen wird.
- Gedenkveranstaltung am 28.01.2024 für die Opfer des Nationalsozialismus.
- Zu Theaterverhandlungen fand am 29.01.2024 ein Gespräch mit dem Staatsminister, Herrn Robra, statt.
- Am 4. Februar 2024 findet das Rugby-Länderspiel Deutschland gegen Georgien statt.
- Zum Prozess der Schulanmeldungen in den Gymnasien sind, wie in den Vorjahren, Anmeldungen für das Walter-Gropius-Gymnasium und für das Philanthropinum möglich.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Fackiner und Frau Grabner, Fraktion die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zur Sitzung. (40)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt den in der Sitzung des Stadtrates am 13.12.2023 nichtöffentlich gefassten Beschluss „Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Änderung Käufer“ bekannt.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt dar, dass keine öffentlich bekanntzugebenden Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16:20 Uhr

Frau Fräßdorf, Mitglied des Elternkuratoriums der Kindertagesstätte St. Marien, stellt die Frage, wann die Stadtverwaltung darüber informiert wurde, dass die Einrichtung in Roßlau zum 29.02.2024, mit einer Frist von vier Wochen, schließen soll. Sie erläutert, dass die Eltern am 25.01.2024 zu einer außerordentlichen Versammlung vom Träger eingeladen wurden. Dort wurde mitgeteilt, dass der Kindergartenbereich vorübergehend geschlossen werden muss und dass der Betrieb voraussichtlich in 6 Monaten wieder aufgenommen wird. Von dieser Teilschließung sind 48 Kindergartenkinder betroffen.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, informiert, dass sie am 23.01.2024 von dem Vorhaben des Trägers erfahren hat. **Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes**, erhält das Rederecht und ergänzt, dass dem Jugendamt am 22.01.2024 die Information zugekommen ist. Direkt am selben Tag wurden Gespräche mit dem Träger diesbezüglich geführt. Das Dezernat wurde einen Tag später in Kenntnis gesetzt.

Frau Fräßdorf erläutert, dass die aufgeführten Gründe für die temporäre Teilschließung der Personalmangel sowie die Sanierung des Gebäudes sind. Für die Problematik des Personalmangels wird das Kuratorium einen Beweis vorlegen, dass Personal über Leihfirmen kurzfristig zur Verfügung stehen würde. Ferner möchte sie erfahren, ob der Stadtverwaltung ein Sanierungsplan vorliegt und ob der Betrieb dort weitergehen kann.

Frau Beigeordnete Hachmann bestätigt, dass der Stadtverwaltung kein Sanierungsplan vorliegt. Bezugnehmend auf die Personalproblematik erläutert sie, dass der Träger seit zwei Jahren erfolglos verschiedene Wege zur Personalfindung gegangen ist und deshalb diese Schritte eingeleitet werden mussten.

Frau Fräßdorf hat ein Krippenkind, welches in Roßlau bleiben wird, und ein Kindergartenkind, welches perspektivisch nach Dessau umgesetzt werden soll. Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgten noch keine Informationen des Trägers zu den bestehenden Betreuungsverträgen und zu den Verträgen der Essensversorgung. Der Elternschaft ist bekannt, dass die DeKiTa 25 Betreuungsplätze zur Verfügung stellt. Zur Planungssicherheit ab dem 01.03.2024 mussten bereits einige Eltern das Angebot der DeKiTa annehmen. Kinderfreundschaften sollten nicht auseinandergerissen werden. Die Eltern müssen selbst entscheiden können, wo ihre Kinder betreut werden. Frau Fräßdorf fragt, ob der Stadtverwaltung ein Konzept zur Verteilung der Kindergartenkinder bekannt ist.

Frau Beigeordnete Hachmann erklärt, dass es sich in dem Fall um einen freien Träger handelt, weshalb die Stadt keinen Einfluss auf die Entscheidungen hat. Die Stadtverwaltung hat in der Kürze der Zeit auf den Sachverhalt reagiert und sofort Betreuungsplätze geschaffen. Diese stehen jedem zur Verfügung, der sie benötigt.

Frau Fräßdorf legt dar, dass die Versetzung der Kinder mit einer neuen Eingewöhnung verbunden ist, welche im Idealfall mindestens 2 bis 3 Wochen in Anspruch nimmt. In dieser Zeit können die Eltern nicht arbeiten gehen. Nicht alle Arbeitgeber sind kulant.

Frau Beigeordnete Hachmann informiert, dass am 01.02.2024 ein Gespräch mit dem Träger, den Elternkuratorien, dem Ortschaftsrat sowie der Stadtverwaltung stattfinden wird. Bei diesem Termin sollen offene Fragen geklärt und gemeinsame Lösungen gefunden werden.

Frau Fräßdorf merkt an, dass das Ziel die Erhaltung der Kindertagesstätte und eine Fristverschiebung bis zum 31.07.2024 ist, da zu diesem Zeitpunkt das Kindergartenjahr offiziell endet.

Frau Rosenberger, Elternvertreterin der Kindertagesstätte St. Marien, macht darauf aufmerksam, dass insgesamt fast 400.000 Erzieher und Erzieherinnen in Deutschland fehlen. Ein Grund dafür könnte die Ausbildungsvergütung sein. Sie fragt, wie die Politik dieses Problem zu lösen gedenkt.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erläutert, dass der Stadtrat das falsche Gremium für die Klärung dieser Problematik ist. Im Stadtrat geht es lediglich um Sachverhalte, die die Stadt betreffen.

Frau Rosenberger weist darauf hin, dass der Stadtrat der kommunale Ansprechpartner für die Bürger ist und die Aufgabe hat, die Probleme der Bürger auf eine andere politische Ebene zu kommunizieren.

Frau Saupe, Leiterin des Eigenbetriebs DeKiTa, gibt nach Erteilung des Rede-rechtes bekannt, dass der Eigenbetrieb seit ca. 4 Jahren eine duale Ausbildung anbietet.

Die Ausbildungsvergütung beginnt bei ca. 1.300 Euro (brutto) im ersten Lehrjahr und erhöht sich jährlich. Im letzten Jahr hat die DeKiTa 15 Ausbildungsplätze ausgeschrieben, wovon nur 10 besetzt werden konnten. Mit Beginn der nächsten Wochen werden die neuen Ausschreibungen veröffentlicht.

Auf die Kritik von **Frau Rosenberger** zum Betreuungsschlüssel (1 Betreuer für 12 Kinder) des Landes Sachsen-Anhalt, eingehend, verweist **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, darauf, dass das Land Sachsen-Anhalt den Betreuungsschlüssel festlegt und die Kommunen diesen umsetzen müssen. Sie sichert zu, dies erneut bei den Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten sowie anderen Politikern zu thematisieren.

Herr Küster, Elternvertreter der Kindertagesstätte St. Marien, richtet sein Anliegen an alle Fraktionen und Unterstützer der Thematik. Es soll kurzfristig Personal gefunden werden, um die Kitaschließung zu verzögern und somit einen angemessenen Übergangszeitraum für alle zu schaffen. Die Leidtragenden sind die Kinder. Er bittet um eine positive Zeichensetzung sowie um die Gewinnung von Personal durch den Einfluss des hiesigen Gremiums und der Stadtverwaltung auf die Bevölkerung. Er überreicht der Stadtverwaltung die Kopie einer Unterschriftensammlung von 2.500 Bürgern aus der Region, welche ein hohes Interesse daran haben, dass die Thematik positiv geklärt wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen erhoben.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, erfragt, ob die immensen Schäden aufgrund des Hochwassers am Elberadweg zwischen Dessau und Aken bereits bekannt und geprüft worden sind. Der Weg ist streckenweise abgetragen und es hat sich Material angesammelt. Da der Radweg durch Touristen viel befahren wird, möchte er wissen, inwieweit eine Instandsetzung vor Beginn der Fahrradsaison im Frühjahr möglich ist.

Herrn Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, erhält das Rederecht und erwidert, dass die Schäden auf der Dessauer Seite bereits festgestellt wurden. Es bleibt zu hoffen, dass erneute Fördermittelprogramme aufgelegt werden. Der Schadensbericht wird am kommenden Montag dem Amt zugeleitet.

Herr Eichelberg ergänzt, dass der Radweg zu zwei Dritteln auf dem Dessauer Gebiet liegt und dort die meisten Schäden vorhanden sind. Er hat sich bereits mit dem Landkreis Anhalt/Bitterfeld in Verbindung gesetzt. Es sollte eine schnelle Lösung gefunden werden.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bittet darum, den Ratssaal zu heizen, wenn dort Sitzungen stattfinden.

Die Temperaturen während der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung waren nicht zumutbar. **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, sichert eine Klärung zu.

Frau Müller, Fraktion der CDU, thematisiert die Zerbster Brücke in Roßlau. In der Bürgerversammlung wurde ein Lösungsvorschlag dahingehend unterbreitet, dass die Brücke künftig von Pkws beidseitig befahren und der Lkw-Verkehr umgeleitet werden könnte. Nachzudenken wäre über eine größere Beschilderung und die Durchführung von Kontrollen. Die Sperrung sollte auch in Google Maps erfasst werden. Derzeit zeichnen sich größere Probleme mit den Gewerbetreibenden ab. Diese denken über eine Schließung nach, wenn nicht zeitnah eine vernünftige Lösung gefunden wird. Ein kurzfristiger Lösungsvorschlag seitens der Stadt ist erforderlich.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass nochmals alle Ämter mit einer Fristsetzung zum 01.02.2024 beteiligt wurden. Die Lösungsvorschläge werden mit dem Ortschaftsrat diskutiert, sobald die Stellungnahmen vorliegen. Hierzu wurde ein Termin für den 08.02.2024 festgelegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Wunsch der Verwaltungsspitze den Forderungen von Frau Müller entspricht.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, bezieht sich auf die Studie zum künftigen Standort der Regenbogenschule. In der Diskussion im Stadtrat am 21.09.2023 wurde ein unabhängiges Gutachten im Auftrag der Stadtverwaltung zitiert. Die Studie trägt den Titel „Raumprogramm der Schule für geistige Entwicklung“. Im Protokoll der Stadtratssitzung ist nachzulesen, dass das Gutachten von Personen erstellt wurde, die mit dem Thema vertraut sind. Frau Grabner bittet um Aushändigung des Gutachtens.

Herr Fricke, Fraktion SPD, thematisiert die neue Vorgehensweise mit den Fraktionsvorlagen. Nach einer Aussprache im Haupt- und Personalausschuss wurde festgestellt, dass sich grundsätzlich an dem Procedere der Einbringung von Fraktionsvorlagen nichts ändert. Die Stadtverwaltung möchte einen gewissen Zeitraum eingeräumt bekommen, um Stellungnahmen einholen zu können. Danach gehen die Vorlagen wie gewohnt in den Gremiendurchlauf. Nach der aktuellen Rechtslage wird die Tagesordnung im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister erstellt. Liegt dieses nicht vor, kann keine Stadtratssitzung stattfinden. Dennoch dürfen die Anträge der Fraktionen nicht auf Dauer verschoben werden, sondern sind auf Antrag spätestens bis zur übernächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktionsvorlagen werden in der Regel mit ausreichendem Vorlauf eingebracht. Jedes Mitglied der Vertretung hat die Möglichkeit, Anträge einzubringen, ohne dass es einer Mitwirkung eines anderen Mitgliedes bedarf. Gemäß § 36 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ist der Hauptverwaltungsbeamte ebenfalls ein Mitglied der Vertretung. Somit bedarf es bei einer Antragsstellung eines einzelnen Stadtrates auch nicht der Mitwirkung des Oberbürgermeisters. Es besteht der Wunsch, zur alten Verfahrensweise zurückzukehren.

Der Wunsch der Verwaltung besteht darin, dass ein gewisser Zeitraum eingeräumt wird, um Stellungnahmen einholen zu können, damit eine adäquate Meinungsbildung und ein bestmöglicher Lösungsweg gefunden werden kann, erläutert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Die Rechte der Vertretung werden nicht eingeschränkt. Ab der neuen Legislaturperiode wird es ein Modul im bestehenden Programm „Session“ geben, wo die Stadtverwaltung im Hintergrund automatisch zu Stellungnahmen aufgefordert wird. Zudem werden die Vorlagen der Fraktionen nicht mehr Fraktionsvorlagen genannt, sondern Anträge.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, äußert seine Bereitschaft zum Dialog und zur Erarbeitung einer Lösung mit den Betroffenen der Teilschließung der Kindertagesstätte St. Marien. Er berichtet über seine persönlichen Erfahrungen mit den Kindertageseinrichtungen der Stadt.

Weiterhin geht **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, auf die Ansammlung von Treibholz am Mittelpfeiler der Friedensbrücke ein, die täglich zunimmt. Die Bäumung ist mit einem hohen Aufwand verbunden. Er fragt, wie das Problem gelöst werden soll und kritisiert, dass dieser große Pfeiler in die Mitte der Flutbrücke mit einer geringen Spannweite gesetzt wurde. **Die Verwaltung sichert eine schriftliche Antwort zu.**

Abschließend kritisiert **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, den Umgang mit den Fraktionsseiten im Amtsblatt. Er bittet darum, dass künftig Hass und Häme außen vor bleiben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet, dass die Fraktion die Thematik der Kindertagesstätte St. Marien begleitet. Er hofft, dass eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Es gab bereits Gespräche mit der Initiativgruppe St. Marien sowie mit dem Präsidenten der evangelischen Landeskirche. Zum von Herrn Fricke angesprochenen Umgang mit den Fraktionsvorlagen verweist er auf die ausführliche und abschließende Diskussion im Haupt- und Personalausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck versichert, dass die demokratischen Rechte der Vertretung nicht eingeschränkt werden.

Herr Schönemann klärt auf, dass das Copyright des Antragsstellers gesichert ist. Zum Thema Zerbster Brücke stellt er die Frage, wer seitens der Stadtverwaltung die Gespräche mit den Gewerbetreibenden in Roßlau führt.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erwidert, dass sie dieses Vorhaben baufachlich betreut. Die Gespräche mit den Gewerbetreibenden werden wahrscheinlich durch das Amt für Wirtschaft und Stadtplanung geführt. Aus bautechnischer Sicht kann den Gewerbetreibenden geholfen werden, wenn die Kfz-Führung beidseitig erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass bereits Gespräche mit der Wirtschaft geführt wurden. Im Hinblick auf den Einzelhandel soll die bestmögliche und wirtschaftsfördernde Maßnahme, nämlich die beidseitige Kfz-Führung, erfolgen.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, berichtet von der Demonstration unter dem Motto: „Bunt bewegt – Lichter gegen Rechts“ am 24.01.2024. Viele Bürger haben sich auf dem Marktplatz eingefunden, um für Toleranz und Weltoffenheit ein Zeichen zu setzen. Er bedankt sich bei allen Beteiligten für das Engagement. Vertreten waren u. a. die Parteien, die Bundesumweltministerin Frau Lemke, die Kirchen und ganz viele andere Organisationen. Er bedauert, dass die Stadtverwaltung aus Neutralitätsgründen nicht an der Demonstration teilgenommen hat, was ein falsches Signal nach außen darstellt. Das gleiche beanstandet er zur Rede des Oberbürgermeisters zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Der Abgrenzung gegen aller Art von Antisemitismus ist nichts hinzuzufügen, aber die aktuellen Entwicklungen im rechten Lager durch eine Gleichschaltung von Links und Rechts zu neutralisieren, ist untragbar. Weiterhin rekapituliert er, wie es zur Deportation kommen konnte. Herr Kaßner zitiert aus dem Buch „Niemals zweimal in denselben Fluss“ von Björn Höcke, dem Anführer der AfD in Thüringen: „Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen. Aber abgesehen von diesem möglichen Aderlass haben wir Deutsche in der Geschichte nach dramatischen Niedergängen eine außergewöhnliche Renovationskraft gezeigt.“ Er fragt sich, was passieren würde, wenn ein großer Teil der Menschen, die an unserem Wohlstand mitarbeiten, hier nicht mehr erwünscht sind und was passiert, wenn Fachkräfte um Dessau-Roßlau und Sachsen-Anhalt einen Bogen machen. In dem Zusammenhang kann kein Oberbürgermeister mehr neutral bleiben.

Weiterhin geht er auf die Amtsblattartikel der AfD ein, in denen über „brauchbare“ Ausländer gesprochen wird, sowie auf die Aussagen von Herrn Siegmund über das „Corrective“, was in der Landtagssitzung versucht wurde zu relativieren. Er zitiert erneut aus dem Buch von Herrn Höcke: „Deswegen mahne ich auch immer wieder an, den Unmut niemals pauschal gegen die hier lebenden Ausländer zu richten, sondern ausschließlich gegen die für die Misere verantwortlichen Politiker.“

Er fragt nach der Marschrichtung von Herrn Mrosek bzw. der Fraktion AfD und warum sie diese Partei nicht verlassen, wenn kein Einverständnis zur politischen Ausrichtung besteht.

Herr Frisch, Fraktion AfD, äußert, dass andere Ideologien auch akzeptiert werden müssen. Er mahnt das Verhalten mancher Bürger bei den Montagsmahnwachen an.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, greift die Thematik der Vorgehensweise mit den Fraktionsvorlagen auf. Sie fragt, wie mit der eingebrachten Fraktionsvorlage zu den Musikschulen weiterverfahren wird.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, geht auf die Frage von Frau Grabner ein und erläutert, dass alles ausführlich im Haupt- und Personalausschuss sowie fraktionsintern besprochen wurde. Es gab seitens der Stadtverwaltung die Frage, ob die Fraktionsvorlage zur Sicherung der Musikschule auf die Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung gesetzt werden soll. Das hat er abgelehnt, da er die Vorgehensweise der Verwaltung bevorzugt. Den Fraktionen sollte trotzdem die Möglichkeit eingeräumt werden, Themen schnell auf eine Tagesordnung setzen zu können, da bei manchen Angelegenheiten ein schnelles Handeln notwendig ist. Ihm ist die Kommunikation untereinander wichtig.

Frau Perl, Fraktion SPD, thematisiert die aktuellen Unruhen hinsichtlich der Kinder-einrichtung „Baustein“. Der damalige Stadtratsbeschluss hatte keine Umsetzung der Kinder, oder einen Trägerwechsel, vorgesehen. Frau Perl erfragt die Verfahrenswei-se der Verwaltung.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, be-richtet, dass eine Begehung vor Ort mit Frau Bürgermeisterin Lohde und dem Träger UBW (Urbanistisches Bildungswerk e. V.), stattgefunden hat. Es wird geprüft, was in welchem zeitlichen Rahmen und mit welchen finanziellen Ressourcen machbar ist. Sie sichert eine schriftliche Antwort zu.

Die zweite Anfrage von **Frau Perl** bezieht sich auf die Heizkosten im Rahmen der Kosten der Unterkunft. Sie berichtet von einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Franztreffs, was eine gewisse Beunruhigung in ihr hervorgerufen hat. Das Jobcenter schickt derzeit Aufforderungen zur Kostensenkung heraus und das vor dem Hinter-ground der Energiekrise. Sie fragt, wie die Verfahrensweise der Stadtverwaltung be-züglich der Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2022 ist.

Frau Beigeordnete Hachmann sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, äußert sich zu den Aussagen von Herrn Kaßner. Er kri-tisiert dessen Auftreten bei der von ihm angesprochenen Veranstaltung. Eine Zu-trittsverweigerung hat nichts mit einer Demokratie zu tun. Herr Kaßner sollte sich für sein Auftreten und seine Aussagen schämen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, stellt gemäß der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse den Geschäftsordnungsantrag auf Verlängerung der Redezeit um 15 Minuten. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (35:05:00).

Herr Kellner, Fraktion CDU, fragt, wann die Baustellenstraße am Georgium zurück-gebaut wird, da diese des Öfteren als Parkplatz missbraucht wird.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläu-tert, dass die Außenanlagen des Blumengartenhauses noch nicht fertiggestellt sind. Zum 01.06. wird diese Straße zurückgebaut.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wünscht sich bis spätestens zur nächsten Sitzung des Stadtrates eine Positionierung zum Gebäudemanagement und der Liegenschaften der Stadt. In den letzten Wochen hat er viele schlechte Botschaften erhalten, unter anderem zur Chaponschule, zur Turnhalle des Berufsschulzentrums sowie zum Dach des Stadions. Die Entwicklung der Einrichtungen der Stadt begründet sich in der mangelhaften Pflege, Instandsetzung, Renovierung etc. und mündet in hohe Sanierungskosten. Aus Sicht seiner Fraktion bedarf es einer Änderung. Er äußert die Bitte, dem Gebäudemanagement künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen sowie um Bekanntgabe einer Strategie, um den Prozess eindämmen zu können.

Abschließend kritisiert **Herr Schönemann** das fehlende Energiemanagement. Es ist notwendig, dass sich die Fachausschüsse mit diesem Thema beschäftigen. Er bittet um ausführliche Informationen bis zur nächsten bzw. übernächsten Sitzung des Stadtrates.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass sich der Verwaltungsvorstand darauf verständigt hat, dass das Ziel die Erstellung einer Portfolioanalyse ist. Die Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist notwendig. Ein Bestandteil davon ist, die kommunalen Liegenschaften in jeglicher Hinsicht betreffend der Investitions- und Instandsetzungsbedarfe anzusehen, ebenso hinsichtlich der Auslastungsgrade und der Betriebskosten. Die Beschäftigung mit den kommunalen Liegenschaften ist notwendig, wird jedoch Teil eines umfangreichen Prozesses sein.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, erklärt, dass es nicht authentisch ist, wenn die AfD ihr Gedenken gegenüber den Opfern des Faschismus bekundet. Weiterhin informiert er über den Landesentwicklungsplan, welcher seit Montag ausliegt. Er stellt die Frage, ob der Plan in den betreffenden Ausschüssen behandelt wird. Bis zum 12.04.2024 müssen die Stellungnahmen eingereicht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass zunächst die Verwaltung eine Stellungnahme formuliert und die Stadträte danach eingebunden werden.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, legt nach Erhalt des Rederechtes dar, dass der erste Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt online gestellt wurde. In dem Plan sind die Botschaften enthalten, wie die Entwicklung von Dessau-Roßlau raumordnerisch vorstatten gehen soll. Eine wichtige Botschaft ist zum Beispiel die zusammenhängende Betrachtung von Dessau und Roßlau als gemeinsamer zentraler Ort, was bisher nicht der Fall war. Bis zum 29.02.2024 werden die betroffenen Ämter gebeten, eine verwaltungsinterne Stellungnahme zu verfassen. Im Anschluss wird eine Stellungnahme zur Beteiligung der Ausschüsse vorbereitet. Die Ortschaftsräte und die Stadtbezirksbeiräte wurden ebenfalls in Kenntnis gesetzt. Nach der Abstimmung mit den Ausschüssen wird eine finale Stellungnahme abgegeben. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, eine Stellungnahme online einzureichen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, bestätigt, dass die AfD eine demokratisch gewählte Partei ist. Jedoch hat diese nichts mit Demokratie zu tun. Er hofft, dass die Wähler diesen Irrtum bemerken. Er kritisiert, dass die AfD bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus sowie am Mahnmal überhaupt anwesend waren. Ferner dankt er Herrn Kaßner für seinen Redebeitrag und hofft, dass zukünftig noch mehr Stadträte aufstehen und Farbe bekennen. Gegen Ausländerhass, Diskriminierung, Nazis und Rechtsextremisten muss man sich wehren.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bemerkt, dass das, was zurzeit in diesem Land passiert, nichts mit Demokratie zu tun hat, sondern lediglich eine provokative Ideologie darstellt. Er erfragt weiterhin den aktuellen Sachstand zum Stadion, insbesondere, ob die geplanten Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass das Dach der Tribüne des Stadions derzeit mit Pfeilern gestützt wird. Das Ziel ist die Sanierung bzw. Instandsetzung des Daches und kein Neubau. Über den zeitlichen Ablauf kann er keine abschließende Aussage treffen.

Frau Bürgermeisterin Lohde ergänzt, dass das Dach der Tribüne am Sonntag freigegeben wurde. Zurzeit wird geprüft, ob die Tribüne am 24.05.2024 zum Anhalt Meeting nutzbar ist. Weiterhin informiert sie über den weiteren Ablauf:

- Der Holzschutzgutachter wird stringenter eingebunden. Er soll sich alle Brett-schichtbinder ansehen.
- Die drei stark betroffenen Binder werden ausgetauscht. Da die Baufirmen eingearbeitet sind, sollen auch die anderen Binder saniert werden.
- Die Binder sollen mit einem Zinkblech eingehaust werden, da das einen Witterungsschutz darstellt.

Zusammenfassend berichtet sie, dass die Sanierung bevorzugt und ein Abriss abgelehnt wird. Sie wirbt für die Freigabe der Mittel für eine komplette Sanierung.

Herr Stadtrat Mrosek berichtet, dass in allen östlichen Bundesländern die AfD in den Umfragen bei über 30 % liegt, die SPD gerade bei 5 %. Mit den Aussagen von Herrn Fricke, werden die Einwohner der östlichen Bundesländer als Nazis bezeichnet. Es ist eine Katastrophe, wenn „Correctiv Org“ etwas veröffentlicht und sich anschließend korrigiert. Es entspricht nicht der Wahrheit, dass dort von Deportation und dergleichen gesprochen wurde. Die stellvertretende Chefjournalisten hat im Fernsehen bestätigt, dass sie das nie gesagt hat, aber die öffentlichen Medien haben das daraus gemacht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Beitrittsbeschluss der Stadt Dessau-Roßlau zur Haushaltsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2024 Vorlage: BV/014/2024/II-20

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erläutert, dass das Landesverwaltungsamt den Haushalt unter Auflagen genehmigt hat. Es geht um die Kürzung der Kreditaufnahme und um die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das nächste Haushaltsjahr und die Folgejahre. Es gibt Kreditermächtigungen aus dem letzten Jahr, die noch bis dieses Jahr gültig sind.

Ergänzend zitiert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** den letzten Satz der Seite 3 des Schreibens des Landesverwaltungsamtes: „Der Stadt Dessau-Roßlau wird angesichts dieser Entwicklung dringend geraten, ihr Ausgabeverhalten kritisch zu prüfen und die Ausbringung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre in Erwägung zu ziehen“. Dieser Satz steht zwar nicht in der Auflage, spricht aber eine deutliche Sprache. Die Stadt hat ein Haushaltsdefizit von 30 Mio. Euro, was erheblich ist.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, zu welchem Zeitpunkt mit der Sperre zu rechnen ist, bemerkt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass die Frage nicht abschließend beantwortet werden kann. Eine unverzügliche Haushaltssperre kann nicht ausgeschlossen werden, da die Haushaltslage ernst ist und das Defizit zu hoch. Mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre wird aber nicht alles lahmgelegt.

Eine Verständigung zur Haushaltskonsolidierung muss unter Beteiligung aller Gremien stattfinden, stellt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fest.

Erwidernd verweist **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** darauf, dass das Thema Haushaltskonsolidierung bereits in der letzten Dienstberatung des Oberbürgermeisters besprochen wurde. Der Konsolidierungsbedarf liegt bei 10% bis 12% des Haushaltes. Es wird jetzt geschaut, wie das Gesamtvolumen des Haushaltes auf die einzelnen Fachdezernate und Produkte verteilt werden kann und ob ein globaler Ansatz gefunden wird. Dann kann es zu speziellen Vorschlägen kommen. Die Fachausschüsse werden eingebunden, wenn eine Diskussionsgrundlage präsentiert werden kann. Die Zuwendungen für die Eigenbetriebe Stadtpflege, Dessauer Kindertagesstätten und Anhaltisches Theater werden aufgrund vertraglicher Verpflichtungen und der Daseinsfürsorge von der Haushaltskonsolidierung ausgenommen.

Wenn eine Haushaltssperre unvermeidbar ist, sollte diese frühzeitig erfolgen, legt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, dar. Es wurde erklärt, dass die Kürzung der Kreditaufnahmen in Höhe von 19 Mio. Euro nicht schadet, da Verpflichtungsermächtigungen das abdecken. Es stellt sich die Frage, warum diese Kreditaufnahmen erfolgten, wenn sie nicht gebraucht werden.

Es werden keine Haushaltsreste gebildet, sondern Investitionen für jedes Haushaltsjahr neu veranschlagt und neue Investitionsvolumen erstellt, entgegnet **Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung.**

Frau Wirth, Leiterin der Kämmerei, erhält das Rederecht und ergänzt, dass die Kreditermächtigungen aus den Vorjahren neu veranschlagt wurden, weil dadurch ein längerer Handlungsspielraum entsteht. Die Kreditermächtigung des Vorjahres gilt immer bis zum Ende des Folgejahres. Die Neuveranschlagung im Jahr 2024 hätte eine Kreditaufnahme bis Ende 2025 ermöglicht. Es bestand ein Bedarf zur Kreditaufnahme aufgrund der Finanzierung von Investitionen im langfristigen Bereich. Dieser Kreditbedarf setzt sich mit Beginn des Jahres 2018 stetig fort. Durch das gute Ergebnis, insbesondere des Jahres 2020, bestand genug Liquidität, um zu finanzieren. Mit der Kommunalaufsicht hatte man sich dazu verständigt, den Kreditbedarf immer aufzuzeigen und im jeweiligen Jahr neu zu veranschlagen, um deutlich zu machen, welcher Betrag aufgenommen werden muss. Das schafft den zeitlichen Vorlauf. Davon ist die Kommunalaufsicht dieses Jahr abgewichen. Deshalb muss der Kreditbedarf für die Vorjahre bis Ende 2024 komplett aufgenommen werden.

In den Vorjahren war mit der mittelfristigen Planung klar, was auf die Stadt zukommt, legt **Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste,** dar. Es wurde immer kritisiert, dass die großen Investitionen nicht gemacht wurden. Deshalb hat er Frau BM Lohde im vorigen Jahr gesagt, dass vor allem ihr Bereich Prioritäten setzen muss und die alten Dinge herausgestrichen werden müssen. Jetzt hat er die Aussage erhalten, dass eine entsprechende Liste erstellt wird. Er kritisiert, dass die Fraktion Die Linke sich erneut dem Haushaltskonsolidierungskonzept verschlossen, selbst aber noch nie Vorschläge für Einsparungen unterbreitet hat. Es gibt ein strukturelles Problem, das sich verschärft, weil das Land die Zuweisungen nicht in der Höhe gibt, wie sie der Stadt zustehen. Jetzt geht es um eine echte Konsolidierung, wo auch die Strukturen des Haushaltes betrachtet werden müssen. Die gefassten Beschlüsse werden die Stadt noch einmal mit knapp 200 Mio. Euro belasten. Es muss darüber nachgedacht werden, ob die Beschlüsse in ein Moratorium geführt werden, um das Wesentliche zu machen. Dann können die 19 Mio. Euro anderweitig aufgebracht werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt, dass mit allen bisher eingereichten Vorschlägen ein Finanzierungsvorschlag unterbreitet wurde. Deshalb entspricht das von Herrn Weber dargelegte nicht der Wahrheit.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, der Haushaltsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2024 (Az:206.4.1-10402-de-hh2024) beizutreten.

Diese beinhaltet:

- a) Von einer Beanstandung des Beschlusses zur Haushaltssatzung 2024 wird abgesehen.
 - b) Die Genehmigung für den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird nur bis zu einer Höhe von 48.614.100 EUR erteilt. Im Übrigen wird die Genehmigung versagt.
 - c) Der Gesamtbetrag der festgesetzten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 49.631.000 EUR wird genehmigt.
 - d) Es wird angeordnet, dass die Stadt Dessau-Roßlau spätestens mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 ein Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß § 100 Abs. 5 KVG LSA zu beschließen hat.
2. Die geänderte Haushaltssatzung 2024 gemäß Anlage 3 wird beschlossen

Abstimmungsergebnis: 37:03:00

Es wird eine 15 minütige Pause durchgeführt.

7.2 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau Vorlage: BV/312/2023/II-SKD

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2021 einschließlich Lagebericht des Städtischen Klinikums Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 117.077.157,62 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.039.383,33 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 30:05:05

7.3 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau – Behandlung Jahresfehlbetrag
Vorlage: BV/313/2023/I-SKD

Herr Fricke, Fraktion SPD, erklärt die Ablehnung seiner Fraktion zu dieser und der vorangegangenen Beschlussvorlage. Er kann das nicht begründen, weil die Beanstandungen, die zu erheben sind, in den nichtöffentlichen Sitzungen des Betriebsausschusses diskutiert wurden und darüber eine Schweigepflicht besteht.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 6.039.383,33 durch Entnahme aus den Gewinnrücklagen auszugleichen.

Abstimmungsergebnis: 28:05:07

7.4 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2021
Vorlage: BV/315/2023/I-OB

Beschluss:

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2021 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 26:05:09

7.5 Vorbereitende Maßnahmen für den Neubau der "Regenbogenschule" - Förderschule für Geistigbehinderte
Vorlage: BV/238/2023/III-65

Frau Bürgermeisterin Lohde erläutert die Beschlussvorlage und ergänzt, dass derzeit keine Entscheidung zu den Fördermitteln vorliegt. Diese wird im Dezember 2024 erwartet. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wird beantragt, um mit der Planung voranschreiten zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf das Problem der Abwicklung der Fördermittel zum Jahresende, weshalb so zeitig wie möglich ein Abriss des Gebäudes erfolgen muss.

Frau BM Lohde hat diesbezüglich schon den Antrag auf einen vorzeitigen Maßnahmebeginn angesprochen. Ansonsten hätte er einen entsprechenden Ergänzungsantrag gestellt. Solche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit immer mit der notwendigen Konsequenz der Nachnutzung ausgewiesen. Er stellt den **Antrag**, Klarheit durch das Vorlegen einer Beschlussvorlage, wie das Gebäude/Territorium der jetzigen Schule in Zukunft genutzt wird, zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass die Schule leergezogen wird und es keine Nachnutzungsidee gibt. Kurzfristig wären alle Vorschläge nur deklatorischer Natur.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, ergänzt, dass die Schule noch mindestens fünf Jahre in Benutzung sein wird, so dass ausreichend Zeit besteht, sich über die Zukunft des Gebäudes Gedanken zu machen.

Der Stadtrat muss sich über die Verfahrensweise mit den vielen leestehenden Immobilien in der Stadt Gedanken machen, legt **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, dar. Er sieht die Ortsbürgermeister als Vorbild, die um ihre Ortschaft kämpfen und Dinge einfordern, was der Stadtrat nicht macht. Wenn die Regenbogenschule umzieht, muss in irgendeiner Form Geld angefasst werden, damit diese Schule nicht den Zustand der Schule in der Schaftrift erreicht. Der Zustand betrifft nicht nur die Schulen, sondern auch andere Immobilien, wie bspw. die „Kosmos-Kaufhalle“ in Dessau Nord. Der Aufruf, wie zukünftig die Stadt gestaltet werden soll, wenn die Schülerinnen und Schüler zur Einweihung in der Regenbogenschule Bernburger Straße sind, gilt für alle.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, unterbreitet den Vorschlag, die Schule als Ausweichobjekt für Schulen, die in den nächsten fünf Jahren saniert werden, zu nutzen.

Die Zukunft des Altstandortes kann nicht mit dem jetzt vorliegenden Beschlussantrag geklärt werden, merkt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, an. Die Aufgabe des Stadtrates ist die Entwicklung dieses Gebietes, jedoch nicht in diesem Zusammenhang.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklärt die Zustimmung zum von Frau BM Lohde vorgestellten Projekt, was nicht von dem Altstandort abhängig gemacht werden kann.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erläutert, dass der vorliegende Antrag „Klarheit durch Vorlage einer Beschlussvorlage, wie das Gebäude der jetzigen Schule in Zukunft genutzt wird“ als Beschlusspunkt 4 eingearbeitet werden soll.

Herr Fricke, Fraktion SPD, macht darauf aufmerksam, dass dieser Ergänzungsantrag so formuliert werden muss, dass er mit Ja oder Nein beantwortet werden kann.

Die Frage, ob ein vierter Punkt mit dem verlesenen Inhalt aufgenommen werden soll, kann mit Ja oder Nein beantwortet werden kann, stellt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, fest. Er bringt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich **abgelehnt**. (06:32:02)

Beschluss:

1. Der komplette Abbruch des ehemaligen Schulgebäudes auf dem Areal Bernburger Straße wird beschlossen.
2. Der komplette Abbruch der ehemaligen Sporthalle auf dem Areal Bernburger Straße wird beschlossen.
3. Für den Abbruch beider Objekte werden Haushaltsmittel in Höhe von 1,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Unter Vorbehalt eines positiven Fördermittelbescheides beträgt der Eigenmittelanteil der Stadt 633.400 € brutto.

Abstimmungsergebnis: 36:02:02

7.6 1. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss Erweiterung der Schulhoffläche Sekundarschule "An der Biethe", Haus 1 Vorlage: BV/293/2023/III-65

Nach den Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch **Frau BM Lohde** bittet **Herr Fessel** um Aussagen, warum die Grundstücksmauer so teuer ist und was für eine Mauer es werden soll.

Frau Bürgermeisterin Lohde erwidert, dass es erneut eine Ziegelmauer werden wird. Das Problem ist die Fundamentierung, die in die Erde bis auf einen tragfähigen Untergrund reicht und damit auf die vielen dort befindlichen Bäume. Es muss auf jeden Baum Rücksicht genommen werden. Zwischen dem Schulhofgelände und dem Gehweg besteht ein Meter Unterschied, was nicht abgetragen werden kann. D. h. es muss bis in diese Höhe gemauert werden. Die Mauer muss über die gesamte Ecke neu gesetzt und abgetragen werden. Das ist eine echte Handarbeit und nicht anders zu bewerkstelligen.

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf für die Erweiterung der Schulhoffläche Sekundarschule „An der Biethe“, Haus 1 wird von 200.000 € (brutto) um 720.000 € auf 920.000 € (brutto) erhöht.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.7 Maßnahmebeschluss
Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers", Sporthalle -
Teilsanierung
Vorlage: BV/358/2023/III-65

Um im Herbst den Sportbetrieb wieder aufnehmen zu können, ist eine heutige Beschlussfassung dringend erforderlich, erläutert **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**. Da in zwei Ausschüssen die Beschlussvorlage nicht auf der Tagesordnung stand, sind dort nur Berichterstattungen erfolgt. Sie bittet dennoch um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, legt dar, dass der Ausschuss für Finanzen einer der Ausschüsse war, in dem die Beschlussvorlage nicht auf der Tagesordnung stand. Es wurde aber ausführlich darüber informiert und beraten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet, dass das Thema im Ausschuss für Kultur und Sport vor Ort analysiert und festgestellt wurde, dass manche Dinge stärker im Argen liegen als angenommen. Der Plan zeigt, dass die Ernsthaftigkeit für diese Maßnahme aufgenommen wurde.

Herr Kellner, Fraktion CDU, bringt seine Zustimmung zur Beschlussvorlage zum Ausdruck. Er kritisiert, dass bei manchen Beschlussvorlagen immer gesagt wird, dass unbedingt und schnell eine Beschlussfassung erfolgen muss. Er bittet darum, diesbezüglich zu einem anderen Verfahren zu kommen und den Mitgliedern des Stadtrates Zeit zu geben, um sich vernünftig einlesen zu können.

Frau BM Lohde erwidert, dass die Maßnahmen für die nächsten drei Jahre vorgelegt wurden und diese abschnittsweise erfolgen. Dringlich sind die Beleuchtungsarbeiten.

Beschluss:

1. Der Teilsanierung der Sporthalle des Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ Dessau-Roßlau wird zugestimmt. Die Teilsanierung beinhaltet die Erneuerung der Beleuchtungs-, der Lüftungs- und der Sanitäreinrichtungen, der äußeren Verschattung sowie die Aufarbeitung der Tribünenplätze und Türen.
2. Der notwendigen Bereitstellung der finanziellen Mittel in Höhe von 3.230.000,00 € wird zugestimmt. Die Kosten verteilen sich auf die Jahre 2023, 2024 und 2025 gemäß Finanzierungsaufstellung Seite 2.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.8 Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen im Bereich der Otto-Reuter-Straße, 06847 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/365/2023/III-66**

Beschluss:

1. Es wird beabsichtigt, den in der Anlage 2 dargestellten westlichen Abschnitt der Otto-Reuter-Straße (Teilbereich der Gemarkung Alten, Flur 1, Flurstück 2393), beginnend ab ca. 15 m westlich der bestehenden Grundstückszufahrt zur Fläche der Deutschen Post AG (Gemarkung Alten, Flur 1, Flurstück 58/40) sowie den nördlich und südlich der Wendeschleife abgehenden Geh- und Radweg (Gemarkung Alten, Flur 1, Flurstück 58/4 sowie Teilbereich des Flurstücks 58/9) einzuziehen.
2. Die Veröffentlichung der Absichtserklärung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.9 Dritte Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027/ hier: Einführung von Schuleinzugsbereichen für die Gymnasien in kommunaler Trägerschaft zum Schuljahr 2025/2026 mit den entsprechenden Satzungsänderungen
Vorlage: BV/291/2023/IV-40**

Die Beschlussvorlage wird nach erfolgter Beschlussfassung der Landesschulbehörde zur Prüfung vorgelegt, erläutert **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**. Nach erfolgter Entscheidung durch das Land werden die Stadträtinnen und Stadträte über das Ergebnis informiert und die weiteren Schritte besprochen.

Er ist dankbar, dass der ursprüngliche Antrag der **Fraktion Die Linke** eine große Mehrheit erfährt, führt **Herr Schönemann** aus. Die von Frau Beigeordnete Hachmann im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales ausgesprochene Rechtswidrigkeit des Antrages ist nicht gegeben. Ob der vorliegende Antrag genehmigt wird, ist abhängig von der politischen Intention des Landes. Es sind alle im Landtag befindlichen Fraktionen gefordert.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, verdeutlicht, dass sie in der Sitzung darauf hingewiesen hat, dass die von der Fraktion Die Linke eingereichte Beschlussvorlage in der Form nicht rechtskonform ist.

Deshalb hatte sie darum gebeten, der Verwaltung bis zum Januar Zeit zu geben, um eine qualifizierte Beschlussvorlage vorlegen zu können.

Herr Fricke, Fraktion SPD, bemerkt, dass dem Land gegenüber deutlich gemacht werden muss, dass die Gymnasiallandschaft mit zwei selbstständigen staatlichen Gymnasien erhalten bleiben muss. Er vermisst die Unterstützung des Landes.

Herr Adamek, Fraktion CDU, legt die Synopse zu diesem Thema dar und erklärt, dass die heutige Beschlussfassung nur ein kleiner Schritt ist, um das Walter-Gropius-Gymnasium zu erhalten. Das Ziel ist, die jetzt bestehende Schullandschaft zu erhalten.

Herr Kellner, Fraktion CDU, kritisiert, dass jetzt wieder alles schnell gehen muss und das als einzige Lösung gesehen wird. Er hat mehrfach in den Ausschüssen gesagt, dass er sich mit den Schulleitern unterhalten hat, die beide eigene Ideen haben, die dem Schulamt vorliegen. Die Stadt Dessau-Roßlau zu teilen und dem Stadtrat das als „der Weisheit letzter Schluss“ zu präsentieren, ist mehr als frech. Die Stadt lässt sich die Zügel aus der Hand nehmen. Er hätte eine qualifiziertere Beschlussvorlage mit mehr Lösungsansätzen erwartet.

Sie kann die Kritik nachvollziehen, aber nicht zustimmen, erwidert **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**. Die Verwaltung hat in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales diverse Möglichkeiten präsentiert, ausführlich darüber berichtet und erklärt, warum das Zusammenlegen von zwei Schulen und die Zusammenführung von zwei unterschiedlichen Schularten nicht funktionieren. Die Verwaltung hat sich Zeit genommen, um eine qualifizierte Beschlussvorlage vorstellen zu können. Sie ist offen für konstruktive Vorschläge, aber für Kritik ist sie nur offen, wenn diese auch zutrifft.

Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, findet es schwach, immer alles auf das Land zu schieben. Er versichert, dass die Dessau-Roßlauer Abgeordneten in einem regen Austausch standen und stehen. Natürlich liegt allen der Erhalt beider öffentlichen Gymnasien am Herzen. Er wird heute der Beschlussvorlage nicht zustimmen, da er die Einrichtung von Schuleinzugsbereichen nicht für den richtigen Weg hält, denn in den Begründungen im Vorfeld, warum es z. B. keine Fusion beider Gymnasien geben könnte, wird das völlig zurecht bestehende Profil beider Gymnasien betont. Den Eltern die Wahlfreiheit für ein unterschiedliches Schulprofil zu nehmen und einer bestimmten Schule zuzuweisen, ist nicht verantwortbar. Weiterhin stellt sich die Frage, warum die Zeit nicht genutzt wurde, um diese Profile zu schärfen und damit die Anwahl des Walter-Gropius-Gymnasiums zu stärken. Wäre das langfristig bedacht worden, hätte es nach der Verordnung für Schulentwicklungsplanung die Möglichkeit geben können, andere Schuleingangs- und Schülerzahlen zu definieren.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, verweist auf ein erfolgreiches Gespräch mit Herrn Bernstein zur notwendigen Unterstützung durch das Land. Die Verordnung, die die Stadt letztendlich dazu gebracht hat, überhaupt über das Thema sprechen zu müssen, wurde vom Land 2020 getroffen. Es wurden diverse Gespräche geführt, Anträge gestellt und alles Mögliche versucht. Es wäre eine Profilierung denkbar gewesen, aber das ist ein langsames Instrument, was erst in sechs Jahren wirkt. Das Land hat der Kommune aber nur ein Jahr Zeit gegeben. Es wäre kompliziert geworden, die Schulen so auszurichten, dass sie zwei vollkommen unterschiedliche Profile ausweisen. Was funktioniert hätte, wäre eine Musik- oder Sportausrichtung. Es ist schwierig, solche Profile festzulegen und das Fachpersonal dafür zu finden. Es muss also damit gearbeitet werden, was die Schulen schon haben. Die Stadt hat als Schulträger wenig Spielraum, wenn es um die Profilierung von Schulen geht, denn die Entscheidung trifft die Gesamtschulkonferenz. Die Schulen selbst legen ihre Profile fest, nicht die Stadt. Heute darüber zu sprechen, ob es nicht doch andere Wege gibt, ist zu spät.

Andere Möglichkeiten wurden vor einem $\frac{3}{4}$ Jahr angefordert, erklärt **Herr Adamek, Fraktion CDU**. Die Mitglieder des Stadtrates können unterstützen und die Entscheidung der Verwaltung mittragen, aber zu sagen, es wurden Möglichkeiten präsentiert, die keine Möglichkeiten sind, funktioniert nicht.

Die Schaffung von Einzugsbereichen ist in der jetzigen Situation die einzige Möglichkeit, deutlich zu machen, dass zwei Gymnasien in der Stadt gewollt sind, legt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dar. Eine dann notwendige Profilierung kann nur für einen Übergangszeitraum eine gute Lösung sein. Er fordert den bestehenden politischen Spielraum ein, weil dieses Thema noch von diesem Stadtrat zu Ende gebracht werden muss. Im Juni muss klar sein, was im Herbst passiert. Deshalb bitte er um Zustimmung zur Vorlage.

Auf die Ausführungen von Frau Hachmann eingehend, dass es zu lange dauert, Profile zu schaffen, führt **Herr Kellner, Fraktion CDU**, aus, dass das erst ab 2025 zutrifft. Es stellt sich die Frage, wann sich das bemerkbar macht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist darauf, dass die Stadträtinnen und Stadträte die Zahlen mit der Beschlussvorlage vorliegen haben. Den Zahlen für die Jahre 2032/2033 und 2033/2034 kann entnommen werden, dass es genug Schülerinnen und Schüler für die Sekundarstufe I und II gibt. Das ist Grund genug, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und den Schulstandorten eine Chance zu geben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bringt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ausdruck.

Beschluss:

1. Zur Einführung von Schuleinzugsbereichen für die Gymnasien in kommunaler Trägerschaft zum Schuljahr 2025/2026 wird die dritte Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 beschlossen.
2. Die „Satzung über das Aufnahmeverfahren an den Gymnasien in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau“ vom 23. Februar 2019 wird in ihrer Gültigkeit ab dem Schuljahr 2025/2026 aufgehoben.

Die Umsetzung dieses Beschlusses steht unter dem Genehmigungsvorbehalt der dritten Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 durch die Landesschulbehörde.

3. Die 5. Änderung der „Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau“ vom 29. Oktober 2017 zum Einführen von Schuleinzugsbereichen für die Gymnasien ab dem Schuljahr 2025/2026 wird beschlossen.

Die Umsetzung dieses Beschlusses steht unter dem Genehmigungsvorbehalt der dritten Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 durch die Landesschulbehörde.

Abstimmungsergebnis: 30:05:05

Nach der Abstimmung der Beschlussvorlage verlässt Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, die Sitzung. (39)

7.10 Qualifizierter Mietspiegel Dessau-Roßlau 2024/2025 Vorlage: BV/007/2024/IV-50

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, gibt Erläuterungen zur Beschlussvorlage und informiert ergänzend darüber, dass der Mietspiegel zur Information der Mieterinnen und Mieter dient, um einen Überblick zu bekommen, wie sich die Mietpreise entwickeln und um für die Zukunft eine Planbarkeit zu schaffen.

Frau Perl, Fraktion SPD, verweist auf die Sorgen vieler Menschen in Dessau-Roßlau vor Mieterhöhungen. Sie appelliert an die Wohnungswirtschaft, dass es vor dem Hintergrund der derzeitigen Energiekrise das völlig falsche Signal wäre, den Mietspiegel zu nehmen und jetzt zu rechnen. Sie dankt den Mitgliedern des Arbeitskreises für die konstruktive Zusammenarbeit. Der Arbeitskreis wird sich regelmäßig treffen, um sich über die Wohnlagen zu verständigen. Die Stadträtinnen und Stadtrates werden eingeladen, sich entsprechend einzubringen, was auch im Interesse der Vororte wäre.

Herrn John, Fraktion CDU, interessiert, wie bei der Erhebung recherchiert wurde und wer angeschrieben worden ist. Er wurde als Mieter angeschrieben, obwohl er kein Mieter, sondern Vermieter ist. Aufgrund dieser Tatsache kann er der Beschlussvorlage nicht zustimmen, da auch noch andere falsch angeschrieben wurden.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, erhält das Rede-recht und erwidert, dass es sich um eine Zufallsstichprobe handelt, die aus den Einwohnermeldedaten gezogen wurde. Insgesamt wurden 5000 Bürger angeschrieben. Diejenigen, die sich zurückgemeldet und bekanntgeben haben, dass sie selbst Eigentümer des Wohnraumes sind, wurden aus der Befragung herausgenommen. Der Beschlussvorlage kann entnommen werden, dass insgesamt 1.818 Fragebögen ausgewertet wurden. Alle anderen sind wegen Merkmale, wie z. B. Eigentümer von Wohnraum, eliminiert worden. Es wurden nur die Fragebögen ausgewertet, die eindeutig als Mieter von Wohnraum zugeordnet werden konnten.

Aufgrund der Anmerkung von **Herrn John, Fraktion CDU**, dass die Stadt die Daten der Bürger kennt und somit weiß, wer Mieter, Vermieter oder beides ist, verweist **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, darauf, dass diese Daten nicht vorhanden sind, weil bei der Anmeldung nicht nach den Eigentumsverhältnissen gefragt wird.

Beschluss:

Der qualifizierte Mietspiegel 2024/2025 der Stadt Dessau-Roßlau wird vom Stadtrat als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558d Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) anerkannt.

Abstimmungsergebnis: 36:02:01

Nach der Abstimmung der Vorlage verlassen Herr Hans-Peter Dreibrodt und Herr Günther Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, die Sitzung. (37)

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen Vorsitzenden um 19:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.04.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Corinna Hösel
Schriftführer